Freußische Gesetzsammlung

193	4 Ausgegeben zu Berlin, den 18. Dezember 1934 Nr. 4'	7
Tag	(s) The Broangsvollfrechungen, die : iloangsvolgsverfahren erfolgen, f	eite
1. 12. 34.	Geset über die Zwangsbollstredung gegen juriftifche Personen des öffentlichen Rechtes 4	157
3. 12. 34	. Gefest über die Anderung der Grenzen der Areise Julich und Geilenkirchen-Heinsberg im Regierungsbezirk Aachen	159
1. 12. 34.	Berordnung zur Anderung der Berordnung über das Berwaltungszwangsverfahren	459
4, 12, 34,	Fünfte Verordnung über die Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung landschaft- licher (ritterschaftlicher) Kreditinstitute	460
8. 12. 34.	Berordnung über die Unterstellung weiterer Anlagen unter den Geltungsbereich des Gesethes, betreffend die Kosten der Prüfung überwachungsbedürftiger Anlagen	461
detann	tmachung ber nach dem Gesetze vom 10. April 1872 durch die Regierungsamtsblätter veröffent- lichten Erlasse, Arkunden usw	461

(Rr. 14209.) Gefet über bie 3mangsvollstredung gegen juriftifche Berfonen bes öffentlichen Rechtes. Bom 11. Dezember 1934.

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen:

I. Zwangsvollstreaung gegen ben Staat. lichen Rechtes und gegen solche Körperschoften ins Stiftungen bes bürgerlichen Rechtes, die unter

- (1) Die Zwangsvollstredung gegen den Breußischen Staat wegen einer Gelbforderung erfolgt im Verwaltungsweg. Die nähere Regelung im Einzelfall trifft der zuständige Fachminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister.
- (2) Die Vorschriften des Abs. 1 finden keine Anwendung soweit dingliche Rechte verfolgt werden. §§ 30, 43 bis 47 der Ersten Berordnung zur Vereinsachung und Verbilligung der Be

II. Zwangsvollstredung gegen andere juristische Bersonen des öffentlichen Rechtes.

(1) Dieses Gefeb tritt vorbeholtlich bes .218 mit dem auf die Bertsindumg Die Vorschriften der §§ 3, 4 gelten für die Zwangsvollstreckung gegen alle juristischen Berjonen des öffentlichen Rechtes, die der Aufficht des Preußischen Staates oder seiner unmittelbaren Berwaltung unterliegen, mit Ausnahme der Kreditanstalten und Versicherungsanstalten des öffentlichen Rechtes (§ 5). Abliffruj eieid nogeg gundenflugsgenoms sid riff de teducated & 2 ded notors

- (1) Bur Einleitung der Zwangsvollstreckung wegen einer Gelbforderung bedarf es der Beibringung einer Zulaffungsverfügung der Staatsaufsichtsbehörde (Abs. 6).
- (2) Die Staatsaufsichtsbehörde hat auf Antrag des Gläubigers die Vermögensgegenstände zu bestimmen, in die eine Zwangsvollstreckung zugelassen wird, und über den Zeitpunkt zu befinden, zu dem diese stattfinden soll. Soll sich die Zwangsvollstreckung gegen eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechtes oder gegen ihre öffentlich-rechtlichen Verbände, Anstalten ober Stiftungen richten, so hat sich die Staatsaufsichtsbehörde vor Erlaß ihrer Berfügung mit dem zuständigen Aufsichtsorgane der Religionsgesellschaft ins Benehmen zu setzen.

- (3) Die Staatsaufsichtsbehörde darf die Zwangsvollstreckung in Vermögensgegenstände des Schuldners nicht zulaffen, wenn dadurch die Erfüllung der öffentlich-rechtlichen Aufgaben des Schuldners gefährdet wurde, bei einer Gemeinde oder einem Gemeindeberband auch dann nicht, wenn der geordnete Gang der Verwaltung oder die Verforgung der Bevölkerung gefährdet würde.
- (4) Die Durchführung der Zwangsvollstreckung im Rahmen der Abs. 2, 3 regelt sich nach den Vorschriften der Zivilprozefordnung.
- (5) Auf Zwangsvollstreckungen, die im Verwaltungszwangsversahren erfolgen, sinden die Vorschriften der Abs. 1 bis 4 sinngemäß Anwendung. Der Antrag (Abs. 2) ist von der Vollstreckungsbehörde zu stellen.
- (6) Die für die Zulassungsverfügung zuständigen Staatsaufsichtsbehörden werden allgemein oder im Einzelfall durch die Fachminister bestimmt. Der Fachminister kann sich stets die Entscheidung selbst vorbehalten. In diesem Falle ift seine Entscheidung endgültig. Andernfalls steht dem Cläubiger und dem Schuldner gegen die Entscheidung der Staatsaufsichtsbehörde die Beschwerde offen. Sie ist binnen zwei Wochen nach der Bekanntgabe der Entscheidung bei der Staatsaufsichts= behörde einzulegen und hat aufschiebende Wirkung. Über die Beschwerde entscheidet der Fachminister endgültig.
- (7) Die vorstehenden Vorschriften finden keine Anwendung, soweit dingliche Rechte verfolgt werden.
- (8) Die übrigen Aufsichtsbefugnisse der staatlichen und sonstigen Aufsichtsbehörden bleiben unberührt. (Ar. 14203.) Gefetz liber bie Fwancaboullkredur. & gen juriffliche Parfonen bes öffentlichen Rechtes.

Ein Konkursverfahren über das Vermögen der im § 2 bezeichneten juristischen Personen

\$ 5.

Für die Zwangsvollstreckung gegen Kreditanstalten und Versicherungsanstalten des öffent= lichen Rechtes und gegen solche Körperschaften und Stiftungen des bürgerlichen Rechtes, die unter der Verwaltung einer öffentlichen Behörde stehen, gelten, soweit nicht Sonderbestimmungen erlassen sind, die allgemeinen Vorschriften.

III. Übergangsbestimmungen. eine 1 junden, 3 gre Antwendung, soweit dingliege Rechte verfolge

Die §§ 30, 43 bis 47 der Ersten Verordnung zur Bereinfachung und Verbilligung der Berwaltung vom 3. September 1932 (Gesetzsamml. S. 283) werden aufgehoben.

bes öffent f gen Rechtes.

- (1) Dieses Geset tritt vorbehaltlich des Abs. 2 mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Rraft. Wirms allo groop proportifications produced
- (2) Wann § 5 für die verschiedenen Gruppen der dortgenannten juristischen Personen in Kraft tritt, bestimmt der Fachminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister. Bis zum Intrafttreten des § 5 bewendet es für die Zwangsvollstreckung gegen diese juristischen Personen bei den bisherigen Vorschriften.
- (3) Verteilungsverfahren, die nach der Verteilungsverordnung vom 30. März 1933 (Gesetzfammi. S. 101) eingeleitet worden sind, find nach näherer Bestimmung des Ministers des Innern ie Staatsauffichtsbehörde hat auf Antrag des Chaubigers die Bermögers anspielengus

and in Berlin, den 11. Dezember 1934. Horring and gold den No. ... No. nadmittett plaid mad us

(Siegel.) Das Preußische Staatsministerium.

Görina.

Bürtner.

Im Namen des Reichs verkünde ich für den Reichskanzler das vorstehende Gesetz, dem die Reichsregierung ihre Zustimmung erteilt hat.

Berlin, den 11. Dezember 1934.

Der Breußische Ministerpräsident.

Göring. Answick und 1 100 086 8

2. Jun Abf. 2 werden die Worte "fowie in ben Fällen des g. 1 Nr. 2 des Neichsgeseges vom

(Rr. 14210.) Gefet über die Anderung der Grenzen ber Rreife Gulich und Geilentirchen-Beinsberg im Regierungsbezirk Nachen. Bom 13. Dezember 1934.

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1.

Die Landgemeinde Setterich des Landfreises Jülich wird in den Landfreis Geilenkirchen-Seinsberg eingegliedert.

\$ 2.

Die Landgemeinde Setterich wird unter Abtrennung vom Bezirk des Amtsgerichts Julich oem Amtsgerichte Geilenkirchen zugelegt.

§ 3.

Mit dem Intrafttreten dieses Gesetzes tritt in der Gemeinde Setterich das bisher dort gultige Kreisrecht einschlieflich des Abgabenrechts des Landfreises Jülich außer Kraft und das Kreisrecht des Landkreises Geilenkirchen=Heinsberg in Kraft.

walning landschaftlicher (ritterschaftlicher) Archingkinnte vom 12 Novemben 1983 (Geschschmin).

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1935 in Kraft.

Berlin, den 13. Dezember 1934.

Das Preußische Staatsministerium. geregelten Befagnilse und All. hir Friedelien. g. nichteigen Görecherjammlungen) und

Der Arrenginge Wilmifter – Der Proußische

der dieherigen Engeren Lusschüffe (Verwaltungsväter Alenarfollegium) der Kommerichen Landschaft.

Im Ramen des Reichs verkünde ich für den Führer und Reichskanzler das vorstehende Gesetz, dem die Reichsregierung ihre Zustimmung erteilt hat.

Berlin, den 13. Dezember 1934.

Der Preußische Ministerpräsident.

Berlin, ben 4. Degember 1934. - gnirö &

(Rr. 14211.) Berordnung jur Anderung ber Berordnung über bas Berwaltungszwangsberfahren. Bom 11. Dezember 1934.

Auf Grund des § 2 des Gesetzes über die Zuläffigkeit des Verwaltungszwangsverfahrens und über sonstige finanzielle Zwangsbefugnisse vom 12. Juli 1933 (Gesetsamml. S. 252) wird folgendes verordnet:

§ 46 der Verordnung, betreffend das Verwaltungszwangsverfahren wegen Beitreibung von Geldbeträgen, bom 15. November 1899 (Gesetsfamml. S. 545) in der Fassung der Verordnung bom 16. März 1926 (Gesetsamml. S. 103) und vom 8. Mai 1931 (Gesetsamml. S. 63) wird wie folgt aeändert:

- 1. Abf. 1 Sat 2 wird durch folgende Vorschrift ersett: § 369 Abs. 1 der Reichsabgabenordnung findet Anwendung.
- 2. Im Abs. 2 werden die Worte "sowie in den Fällen des § 4 Nr. 2 des Reichsgesetzes bom 21. Juni 1869" gestrichen.

Artifel 2.

Diese Berordnung tritt am 1. Fanuar 1935 in Kraft.

Berlin, den 11. Dezember 1934.

mund bom Besirk des Annisoerichis Rullch

Das Preußische Staatsministerium. (Siegel.) Görina. Bopis.

(Mr. 14212.) Fünfte Berordnung über die Bereinfachung und Berbilligung ber Berwaltung lanbichaft= licher (ritterschaftlicher) Kreditinstitute. Bom 4. Dezember 1934.

Auf Grund des Artikels II Abs. 2 des Gesetzes zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung landschaftlicher (ritterschaftlicher) Kreditinstitute vom 12. November 1933 (Gesetzsamml. S. 401) in der Fassung des Gesetzes vom 24. Februar 1934 (Gesetzsamml. S. 67) und vom 22. Oktober 1934 (Gesetssamml. S. 409) wird hiermit folgendes verordnet:

\$ 1.

Die in den Satzungen der Landschaftlichen Banken der Provinzen Pommern, Sachsen, Schlesien, Schleswig-Holstein und in dem Statute der Bank der Oftpreußischen Landschaft geregelten Befugniffe und Pflichten der bisherigen Generallandtage (Generalversammlungen) und der bisherigen Engeren Ausschüsse (Berwaltungsräte, Plenarkollegium) der Bommerschen Landschaft. der Landschaft der Provinz Sachsen, der Schlesischen Landschaft, der Schleswig-Holsteinischen und der Oftpreußischen Landschaft gehen mit Wirkung von dem Inkrafttreten der neuen Satzungen dieser Landschaften auf ihre Landschaftsausschüffe über.

\$ 2.

Diese Berordnung tritt mit dem auf die Berkündung folgenden Tage in Kraft.

Berlin, den 4. Dezember 1934.

Der Preußische Landwirtschaftsminister.

Der Preußische Minister für Wirtschaft und Arbeit.

Der Preußische Justizminister.

grandalige In Bertretung: aufgeld Sod godi ann In Bertretung: annundult aus grundich Willitens.

Posse.

Met men Gürtner.

über sonstige finanzielle Zwangsbesugnitse vom 12. Juli 1933 (Gesehlammil. S. 252) wird solgendes

(Dr. 14213.) Berordnung über die Unterstellung weiterer Anlagen unter ben Geltungsbereich bes Gesetes, betreffend die Koften der Prüfung überwachungsbedürftiger Anlagen. Bom 8. Dezember 1934.

Auf Grund des § 1 Abs. 2 des Gesetzes, betreffend die Kosten der Prüfung überwachungs= bedürftiger Anlagen, vom 8. Juli 1905 (Gesetsamml. S. 317) in der Fassung des Gesetzes vom 11. Juni 1934 (Gesetsfamml. S. 315) wird folgendes verordnet:

über bie Berleibung bes Enteignungfra

Dem Geltungsbereiche des Gesetzes, betreffend die Kosten der Prüfung überwachungsbedürftiger Anlagen, werden unterstellt:

- 1. Tankanlagen zur Lagerung und Tankwagen zur Beförderung brennbarer Flüssigkeiten,
- 2. Blitschutanlagen,
- -rager 3. für den Bergbau außerdem 3 id zust wodnime ni augreigent vod traldatung and ibend

Abraumförderbrücken.

Bauwerke für Grubenanschlußbahnen. über die Berleibung des Enteigungsrechts

Bohrstaubproben.

Einrichtungen des Grubenrettungswesens und der Ersten Hilfe,

Gesteinstaubproben.

Rohlenstaubproben, om in man sinningfiningenet mochiquerek and galad rod . de sinningfiningenet sinningfiningenet

Rompressoren, and gid no Endorsprungistell sed gnutistrelle sid radire als Lokomotiven unter Tage, weils gelalle zus mutnegischund nod droute

Seilfahrtanlagen mit Zubehör, 2 moder Zusi mennengen kand und den den der

Sprengstoffe und Zündmittel,

Wasserproben aus Trinkwasseranlagen, was der bei geben aus Trinkwasseranlagen,

Badeanlagen und Spritwasserleitungen. 119 3ad paudislasse sid rodit

S. 2. ni puursipoli rod tinlikimis and drud Diese Verordnung tritt mit dem auf die Verkundung folgenden Tage in Kraft. 9. der Erlaf des Preufilden Staarsministeriums vom 12. November 1934

was d Berlin, den 8. Dezember 1934. no eicheragnungieling aus gemichtelt old room

Der Preußische Minister für Wirtschaft und Arbeit.

10. der Erlag des Prengilden Staatsmi:gnuterung n. 16. Nobember 1934.

more übere die Berlothung des Enteig. 9 il o Pris au das Dentiche Reich gum Etwerb von

burd das Amisblatt der Regie, . gnuchamtnnachung. 221, ausgegeben am 1. Dezember 1934.

Nach Borschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) sind bekanntgemacht:

1. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 29. Juni 1934 über die Berleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Billigst für die Herstellung eines Weges

durch das Amtsblatt der Regierung in Arnsberg Nr. 28 S. 77, ausgegeben am 14. Juli 1934;

2. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 27. August 1934 über die Berleihung des Enteignungsrechts an die Ruhrgas A.=G. in Effen zum Erwerb von Grundeigentum in Witten-Annen zum Bau einer Anschlußgasleitung nach dem Gußstahlwerf Unnen

durch das Amtsblatt der Regierung in Arnsberg Nr. 37 S. 95, ausgegeben am 15. September 1934;

- 3. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 29. September 1934 (AISM) über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Maschinenfabrik Linden, G. m. b. H. in Hannover, jum Bau und zur Unterhaltung einer von der zur Hanomag führenden Ferngasleitung der Ruhrgas A.-G. nach dem "Hawagelände" abzweigenden Gasfernleitung durch das Amtsblatt der Regierung in Hannover Ar. 39a S. 223, ausgegeben am 3. Oktober 1934;

 - 4. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 1. Oftober 1934 über die Berleihung des Enteignungsrechts an das Deutsche Reich (Reichswehrfiskus) zum Erwerb von Grundeigentum für Reichszwecke

durch das Amtsblatt der Regierung in Gumbinnen Nr. 43 S. 131, ausgegeben am 27. Oktober 1934;

5. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 25. Oktober 1934 über die Berleihung des Enteignungsrechts an das Deutsche Reich zum Erwerb von Grundeigentum für Reichszwecke

durch das Amtsblatt der Regierung in Minden Nr. 44 S. 131, ausgegeben am 3. November 1934;

- 6. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 5. November 1934 über die Verleihung des Enteignungsrechts an das Deutsche Reich zum Erwerb von Grundeigentum für Reichszwecke durch das Amtsblatt der Regierung in Münster Nr. 46 S. 173, außgegeben am 17. November 1934;
- 7. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 6. November 1934 über die Berleihung des Enteignungsrechts an die Stadtgemeinde Groß Strehlitz zum Erwerb von Grundeigentum zur Anlage einer Rleinfiedlung durch das Amtsblatt der Regierung in Oppeln Nr. 47 S. 299, ausgegeben am 24. November 1934;
- 8. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 10. November 1934 über die Berleihung des Enteignungsrechts an den Kreis Aschendorf-Hümmling zum Erwerb von Grundeigentum in den Gemarkungen Steinbild und Walchum zum Bau einer Brücke über die Ems bei Steinbild nebst Kampen und Zusahrtsstraßen
- durch das Amtsblatt der Regierung in Osnabrück Nr. 47 S. 134, ausgegeben am 24. November 1934;
- 9. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 12. November 1934 über die Berleihung des Enteignungsrechts an das Deutsche Reich zum Erwerb von Grundeigentum für Reichszwecke durch das Amtsblatt der Regierung in Arnsberg Nr. 47 S. 119, ausgegeben am 24. November 1934;
- 10. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 16. November 1934 über die Berleihung des Enteignungsrechts an das Deutsche Reich zum Erwerb von Grundeigentum für Reichszwecke durch das Amtsblatt der Regierung in Kaffel Nr. 48 S. 261, ausgegeben am 1. Dezember 1934;
- 11. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 20. November 1934 über die Berleihung des Enteignungsrechts an das Deutsche Reich jum Erwerb von Gelände für Reichszwecke durch das Amtsblatt der Regierung in Arnsberg Nr. 48 S. 121, ausgegeben am 1. Dezember 1934.

Aach Vorschrift ves Gesetzes von 10. April 1872 (Gesetslammt. S. 857) sind bokanntgemacht: 1. der Ering des Preugischen Staatsminsterums bom 29. Juni 1934 durch das Austsblatt der Regierung in Arnsberg Nr. 28 S. 77, ausgegeben am 14. Juli 1934

Herlags-Attiengesellschaft, Berlin. — Druck: Preußische Druckereis und Berlags-Attiengesellschaft, Berlin. Verlag: R. v. Decker's Berlag, G. Schenck, Berlin W 9, Linkstraße 35. (Postschecktonto Berlin 9059.) Den laufenden Bezug der Preußischen Gesehsammlung vermitteln nur die Postanstalten (Bezugspreis 1,10 MM vierteljährlich); einzelne Nummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Berlag und durch den Buchhandel bezogen werden. Breis für den achtseitigen Bogen oder den Bogenteil 20 Rpf., bei größeren Bestellungen 10 bis 40 b. H. Preisermäßigung.